

Stadt Zofingen

## **Protokoll des Einwohnerrates**

**Amtsperiode 2006/09**

### **2. Sitzung**

**Montag, 18. Juni 2007**

**17.30 – 21.35 Uhr im Stadtsaal**

#### **Vorsitz**

Bruno Hostettler, Ratspräsident

#### **Protokollführer**

Arthur Senn, Stadtschreiber

#### **Anwesend**

39 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

- Rolf Degen, Bauverwalter
- Catrin Friedli-Accola, Stadtschreiber-Stv.
- Andreas Fuchs, Schulpflegepräsident
- Thomas Gloor, Leiter Stabsdienste
- René Küng, Leiter Finanzen und Personal
- Heinz Schürch, Leiter Seniorenzentrum

#### **Entschuldigungen**

Marc Plüss, Einwohnerrat

<b><u>Traktanden</u></b>	<b><u>Seite</u></b>
<b>1. Mitteilungen</b>	133
<b>2. Einbürgerungen</b>	
GK 89 De Sousa Mestre Neven, 1991, portugiesischer Staatsangehöriger, Hardeckweg 9	134
GK 90 Jumeri geb. Nuredini Naziktere, 1984, mit Ehemann Jumeri Aljim, 1979, und den Kindern Fitore, 2003, und Medina, 2005, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Kanalweg 38	134
GK 91 Nuredini Arsim, 1987, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, Kilchbergstrasse 23	134
<b>3. Geschäftsberichte und Rechnungen</b>	
GK 92 Geschäftsbericht, Verwaltungs- und Bestandesrechnung der Einwohnergemeinde pro 2006	135
<b>4. Kreditbewilligung</b>	
GK 93 Erweiterungsbau Heilpädagogische Schule (HPS) Zofingen – Projektgenehmigung und Kreditbewilligung	142
<b>5. Liegenschaften</b>	
GK 94 Ermächtigung zum Verkauf der Parzelle 555 am Kornweg in Oftringen	145
<b>6. Parlamentarische Vorstösse</b>	
GK 99 Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion vom 18. Juni 2007 betr. weiteres Vorgehen Rosengarten	146
	149
<b>7. Information Pensionskasse</b>	
<b>8. Umfrage</b>	149

## **Begrüssung**

Hr. Bruno Hostettler, Ratspräsident, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, die Kaderleute der Verwaltung, die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne zur zweiten Sitzung im Jahr 2007.

## **Traktandenliste**

Fr. Patricia Misteli erklärt, dass der Einwohnerrat zu einer Doppelsitzung eingeladen wurde, da ursprünglich sehr grosse und wichtige Geschäfte wie die Pensionskassen- und Trinerplatten-Vorlage auf diese Doppelsitzung vorgesehen waren. Die heutige Traktandenliste sieht doch nun ein wenig anders aus. Der Stadtrat informiert unter anderem über das weitere Vorgehen in Sachen Pensionskasse. Die FDP ist aber dagegen, dass nach dieser Information eine Diskussion eröffnet wird, da keine verbindlichen Grundlagen vorliegen. Zu dieser Vorlage findet im August eine separate Einwohnerratssitzung statt. Aus diesen Gründen stellt die FDP-Fraktion folgende Ordnungsanträge:

*Die Information betreffend Pensionskasse soll am Schluss nach den ordentlichen Geschäften erfolgen.*

*Es soll auf eine Diskussion nach der Information verzichtet werden.*

Der Vorsitzende, in seiner Funktion als Präsident des Büros des Einwohnerrates, hält fest, dass in Anbetracht der ausserordentlichen Bedeutung dieser Vorlage das Büro der Meinung ist, dass der Einwohnerrat vollumfänglich informiert werden sollte. Ebenfalls sollte dem Einwohnerrat die Gelegenheit für anschliessende Fragen eingeräumt werden. Aus diesen Gründen stellt das Büro folgenden Ordnungsantrag:

*Die Information betreffend Pensionskasse soll umfassend, Zeitdauer zirka 45 Minuten, erfolgen. Im Anschluss an die Information können Fragen, Zeitdauer zirka 15 Minuten, gestellt werden.*

Das Büro kann sich mit dem Vorschlag der FDP-Fraktion, die Information am Schluss durchzuführen, einverstanden erklären.

### **Abstimmung**

Der Antrag des Büros obsiegt gegenüber dem Antrag der FDP-Fraktion mit 23 : 14 Stimmen.

### **Mitteilungen**

Nachdem gegen das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 19. März 2007 keine Einwände eingegangen sind, wird dieses unter bester Verdankung an den Ratssekretär als genehmigt erklärt.

Folgende Unterlagen wurden dem Einwohnerrat heute Abend verteilt:

- Jahresbericht 2006 des Museums Zofingen
- Geschäftsbericht 2006 Entsorgung Region Zofingen
- Sitzungsplan Einwohnerrat 2008
- Angebot eines gesellschaftlichen Anlasses des Präsidenten des Einwohnerrates

### **Resultat der kommunalen Volksabstimmung vom 17. Juni 2007**

Änderung der Gemeindeordnung bezüglich Verfahren bei Stadtammann- und Vizeammann-Wahlen

<u>Eingelangte</u>	<u>In Betracht fallende</u>	<u>Ja</u>	<u>Nein</u>
<u>Stimmzettel</u>	<u>Stimmzettel</u>		
2'216	2'153	1'893	260

### **Neueingänge**

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion betreffend weiteres Vorgehen Rosengarten
- Motion der SVP-Fraktion betreffend Parkieren in der Zofinger Altstadt: Erste halbe Stunde kostenlos!
- Postulat der FDP-Fraktion betreffend Einführung von Tagesstrukturen an den Zofinger Volksschulen

Art. 56

### **Einbürgerungen**

**GK 89**

**De Sousa Mestre Neven, 1991, portugiesischer Staatsangehöriger, Hardeckweg 9**

**GK 90**

**Jumeri geb. Nuredini Naziktere, 1984, mit Ehemann Jumeri Aljim, 1979, und den Kindern Fitore, 2003, und Medina, 2005, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Kanalweg 38**

**GK 91**

**Nuredini Arsim, 1987, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, Kilchbergstrasse 23**

Hr. Christoph Dombrowsky, Referent der FGPK und Mitglied der Einbürgerungskommission, erklärt, dass die vorliegenden drei Gesuche die ersten sind, welche durch die Einbürgerungskommission vorgeprüft und behandelt wurden. Die Einbürgerungskommission prüft vor allem die Integration der Gesuchsteller/innen. Dies geschieht anlässlich eines Gespräches. Folgende wichtigen Integrationskriterien wurden von der Einbürgerungskommission festgelegt:

- Deutschkenntnisse
- Integration in der Gesellschaft (Verein, Freizeitaktivitäten usw.)
- Respektierung der Schweizerischen Rechts- und Verfassungsordnung und der Gleichberechtigung Mann/Frau
- Politisches und öffentliches Interesse

Die Einbürgerungskommission hat die drei vorliegenden Gesuche einstimmig befürwortet. Beim Gesuch von Herrn Arsim Nuredini konnte sich die Einbürgerungskommission vergewissern, dass der Gesuchsteller den einmaligen Fehltritt in seinen Jugendjahren bereut und aus den Fehlern gelernt hat. Die FGPK befürwortet ebenfalls alle drei Gesuche einstimmig mit Ausnahme einer Enthaltung bei GK 91.

Hr. Thomas Bühler hält fest, dass die SVP-Fraktion das Gesuch GK 91 von Herrn Nuredini Arsim nicht unterstützen kann und sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten wird. Wenn eine verheiratete Person eingebürgert wird, kann sich der Ehepartner nach fünf Jahren Wohnsitz in der Schweiz erleichtert einbürgern lassen. Die erleichterten Einbürgerungen werden nicht mehr durch den Einwohnerrat behandelt, sondern laufen direkt über Bern. Somit können die von der Einbürgerungskommission genannten Integrationskriterien nicht mehr überprüft werden. Die SVP-Fraktion bittet die Einbürgerungskommission vermehrt darauf zu achten, dass alle Personen in einer Familie mit demselben Gesuch eingebürgert werden können. Dies würde bei GK 91 bedeuten, dass der Gesuchsteller noch warten müsste, bis die restlichen Familienmitglieder die Voraussetzungen auch erfüllen.

Nachdem zu den Einbürgerungsgesuchen das Wort nicht weiter gewünscht wird, lässt der Vorsitzende über die stadträtlichen Anträge abstimmen.

## GK 89

*De Sousa Mestre Neven, 1991, portugiesischer Staatsangehöriger, Hardeckweg 9*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

## GK 90

*Jumeri geb. Nuredini Naziktere, 1984, mit Ehemann Jumeri Aljim, 1979, und den Kindern Fitore, 2003, und Medina, 2005, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Kanalweg 38*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

## GK 91

*Nuredini Arsim, 1987, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, Kilchbergstrasse 23*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 28 : 0 Stimmen (mit Enthaltungen) zugestimmt.

Der Vorsitzende gratuliert den Gesuchsteller/innen zu ihrem guten Resultat und wünscht ihnen alles Gute.

Art. 57**GK 92****Geschäftsbericht, Verwaltungs- und Bestandesrechnung der Einwohnergemeinde pro 2006**

Hr. Rolf Moor, Präsident der FGPK, erläutert, dass die Prüfungsberichte 2005 erstmals in einem umfangreichen Erläuterungsbericht zusammengefasst wurden. Für den Prüfungsbericht 2006 hatte die FGPK den Prüfungsablauf hinterfragt und sei mit wenigen Anpassungen zum Entschluss gekommen, den Erläuterungsbericht in gleicher Form beizubehalten. Der Bericht wurde dem Einwohnerrat frühzeitig zugestellt, womit die Möglichkeit bestand, sich vorgängig mit diesem auseinanderzusetzen. Zusätzlich konnten an den Fraktionssitzungen den FGPK-Mitgliedern Fragen gestellt werden. Das Referat beinhaltet folgende Schwerpunkte:

- Einleitung
- Schwerpunkte Verwaltungs- und Bestandesrechnung
- Schwerpunkte Geschäftsbericht
- Zusammenfassung
- Schlusswort

**Einleitung**

Folgende Prüfungen wurden durch die externe Revisionsstelle Paul Gruber & Partner Treuhand AG, Aarau, durchgeführt:

- Buchführung
- Bestandes- und Investitionsrechnung
- Aus der Laufenden Rechnung die Abteilung 5 Soziale Wohlfahrt, Seniorenzentrum Rosenberg und Tanner

Folgende Prüfungen hat die FGPK vorgenommen:

- Erfolgskontrolle anhand des Erläuterungsberichtes 2005
- Organisation, Führung, Verantwortlichkeiten und Schnittstellen der einzelnen Stadtratsmitglieder zu den Bereichsleitenden
- Organisation, Kompetenzen, Kommunikation und Verantwortung des Stadtammanns zu den einzelnen Stadtratsmitgliedern
- Rechnungsabschluss und Rechnungsablage Abteilung 2 Bildung
- Kennzahlen, Finanzlage und Rating Abteilung 9 Finanzen, Steuern
- Prüfung der Kreditabrechnungen

Die FGPK führte sämtliche Prüfungen in Zweier-Teams durch. Die Prüfungsergebnisse sind aus dem Erläuterungsbericht ersichtlich. Die Teams haben ihre Arbeit mit grossem Engagement nach dem Grundsatz ausgeführt, dass die Sachpolitik im Vordergrund steht.

Es war sehr angenehm, mit den Kommissionsmitgliedern, dem Stadtrat und den Bereichsleitenden zusammenzuarbeiten, obwohl auch manchmal die Emotionen beachtlich angestiegen sind. Aber mit gutem Gewissen darf man bestätigen, dass alle immer nur das Beste zum Wohle der Stadt Zofingen wollten. Herzlichen Dank für den motivierten Einsatz. Die Einwohnerräte werden gebeten, den Erläuterungsbericht, welcher sehr umfangreich und detailliert ist, vertraulich zu behandeln.

**Schwerpunkte Verwaltungs- und Bestandesrechnung**

Die Jahresrechnung sowie der Geschäftsbericht der Stadt Zofingen wurden sauber und übersichtlich geführt. Die Buchführung, Jahresrechnung, Bestandes- und Investitionsrechnung entsprechen dem kantonalen Finanzdekret und der Finanzordnung. Zusammenfassend darf der Jahresabschluss 2006 mit einem sehr guten Ergebnis zur Kenntnis genommen werden.

Somit ist die finanzielle Ausgangslage für die kommenden Jahre sehr stabil, und die Zukunftsperspektiven für die Weiterentwicklung der Stadt Zofingen dürfen als erfreulich bezeichnet

werden. Das ermöglicht der Stadt Zofingen, die verschiedenen Projekte, welche zu realisieren sind, mit gutem Gewissen voranzutreiben.

#### Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung schliesst nach Abzug der vorgeschriebenen Abschreibungen von CHF 133'000.– mit einem Ertragsüberschuss von CHF 8'200'000.– ab. Gesamthaft resultiert demnach eine Selbstfinanzierung von CHF 8'333'000.–. Allerdings ist zu vermerken, dass wegen einer ausserperiodischen Aufwandsminderung bei den Versorgungskosten für Heime und Werkstätten von CHF 880'000.– das Ergebnis um diesen Betrag, als Folge einer vorgeschriebenen Änderung der Buchungspraxis, besser ausgefallen ist. Ohne diese Tatsache hätte ein Ertragsüberschuss von CHF 7'320'000.– resultiert, was immer noch als gut bezeichnet werden darf. Budgetiert war eine Selbstfinanzierung von CHF 5'140'000.–, womit das Ergebnis CHF 3'193'000.– über dem Voranschlag liegt.

#### Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung weist Nettoausgaben von CHF 5'440'000.– aus. Budgetiert waren CHF 9'300'000.–. Somit wurden leider gegenüber dem Budget CHF 3'860'000.– zu wenig investiert.

#### Steuerertrag

Die Steuereinnahmen waren CHF 1'260'000.– höher als budgetiert.

#### Nettoaufwand

Der Nettoaufwand war CHF 1'500'000.– tiefer als budgetiert.

#### Differenz Selbstfinanzierung und Nettoaufwand

Aus der Differenz zwischen der Selbstfinanzierung und dem Nettoaufwand resultiert gar ein Nettovermögen von CHF 2'560'000.– oder CHF 240.– pro Einwohnerin/Einwohner. Bis heute konnte noch nie ein Vermögen ausgewiesen werden.

#### Spezialfinanzierungen

Sehr erfreulich waren auch die Spezialfinanzierungen:

- Bei der Abwasserbeseitigung fiel der Aufwandüberschuss mit CHF 415'000.– deutlich tiefer aus als der budgetierte Betrag von CHF 1'008'500.–.
- Die Abfallbewirtschaftung hat gegenüber dem Budget ausgeglichen abgeschlossen.

#### Verwendung des Ertragsüberschusses

Vom Ertragsüberschuss wurden CHF 3'502'000.– für die Erhöhung des Eigenkapitals verwendet. Dies ist erfreulich, vor allem im Hinblick auf die zu erwartenden Kosten für die Ausfinanzierung der Pensionskasse. Die verbleibenden CHF 4'697'000.– wurden für zusätzliche, respektiv vorausgenommene Abschreibungen auf künftige Investitionen zurückgestellt.

#### Finanzstatistik im Vergleich mit den Vorgaben des Kantons

Die Finanzstatistik, im Vergleich mit den Vorgaben des Kantons, ergibt folgendes Resultat:

- Die Gesamtpunktzahl von 23 liegt gegenüber dem Jahr 2005 drei Punkte höher und nur einen Punkt unter dem Maximum von 24 Punkten.
- Die Belastbarkeitsquote von 27,9 % entspricht einem „gut“. Im Jahr 2005 wurden 17,7 % erreicht, was einem „ungenügend“ entsprach.
- Die Selbstfinanzierungsquote von 27,1 % entspricht einem „sehr gut“. Im Jahr 2005 wurden 15,3 % erreicht.

## Würdigung

Der Leiter Finanzen und Personal, René Küng, und sein Team haben wesentlich zu diesem erfolgreichen Rechnungsabschluss beigetragen. Die Finanzen werden nicht nur buchhalterisch sauber erfasst und verbucht, man analysiert auch laufend die finanzielle Situation im Ist-Zustand und auf zwei bis vier Jahre hinaus auf einem hohen betriebswirtschaftlichen Niveau. Dank dieser hochprofessionellen Arbeit wird der Stadtrat auch laufend mit aussagekräftigen und gut vorbereiteten Informationen bedient, auf deren Basis er wichtige und zukunftsgerichtete Entscheide treffen kann.

## **Schwerpunkte Geschäftsbericht**

### Erfolgskontrolle anhand des Geschäftsberichtes 2005

Bei der Erfolgskontrolle anhand des Geschäftsberichtes 2005 hat die FGPK festgestellt, dass die Empfehlungen oder Massnahmen erledigt oder in Bearbeitung sind.

### Prüfung Schnittstellen Stadtrat zur Verwaltung

Die Kommission hat es sich mit diesem Thema nicht einfach gemacht. Sie hat sich die Mühe genommen, einen qualitativen, sachlichen und wahrheitsgetreuen Fragenkatalog zu erstellen.

Nach einigen Anlaufschwierigkeiten in Bezug auf verschiedene Auffassungen oder Vorstellungen des Prüfungsablaufes Seitens des Stadtrates, hat sich schlussendlich doch noch eine für alle zufrieden stellende Lösung ergeben.

Nachfolgend einige der wichtigsten Feststellungen aus den Prüfungsberichten:

- Seit Beginn der neuen Legislaturperiode hat eine Veränderung in der Führung und Organisation stattgefunden. Es werden Prioritäten nach verschiedenen Kriterien und Ansichtspunkten für die einzelnen Verantwortlichen festgelegt.
- Die Verantwortlichkeiten und Schnittstellen zwischen dem Stadtrat als politische Führung und den Bereichsleitenden der Verwaltung ist neu geregelt. Dieses neue System befindet sich in der Umsetzungsphase, zum Teil funktioniert es sehr gut, zum Teil aber auch weniger gut.
- Das Ressortführungssystem hat Vorteile, aber auch einige Nachteile. Die Stadtratsmitglieder übernehmen wohl die Verantwortung ihrer Ressorts, sollten aber als Mitglieder einer Kollegialbehörde schlussendlich auch ressortübergreifend Verantwortung übernehmen. Hier muss der Stadtrat die optimale Lösung noch finden, damit dies in Zukunft auch gewährleistet werden kann.
- Die neu geschaffene Stabsstelle zur Führungsunterstützung des Stadtrates (Aufgaben- und Projektcontrolling) ist ebenfalls in der Umsetzungsphase. Hier wurde festgestellt, dass die Verantwortlichkeiten und die Aufgabenbereiche klarer und besser konkretisiert werden sollten. Nur so kann ein optimales Potenzial und eine Entlastung des Stadtrates erreicht werden.
- In den verschiedenen Abteilungen werden die neue Organisation und der neue Führungsstil unterschiedlich aufgenommen und umgesetzt. Mit einem positiven Beispiel geht der Werkhof voraus. Diese Abteilung wird qualitätsbewusst und nach klaren Prozessabläufen geführt und auch kontrolliert. Die effektive Stundenerfassung pro Auftrag hat sich sehr positiv ausgewirkt und auch aufgezeigt, dass verschiedene Optimierungen eingeführt werden konnten. Zum Teil werden heute wieder Arbeiten ausgeführt, welche früher extern vergeben wurden, und dies ohne den Personalbestand zu erhöhen. Diese Abteilung hat sich problemlos dem neuen Führungssystem angepasst und ist motiviert und gewillt, laufend Verbesserungen anzustreben, um ein der heutigen Zeit entsprechendes modernes Management zu erreichen.
- Es gibt aber auch Abteilungen, die Mühe haben, zum Teil auch unmotiviert sind, das neue Führungssystem anzunehmen und Verbesserungen anzustreben. Nicht, dass die Aufträge nicht erledigt werden oder dass es an qualifizierten Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern fehlen würde. Nein, die Stadt Zofingen hat sehr gut qualifizierte Spezialis-

ten/Spezialistinnen in verschiedenen Bereichen. Viel mehr wurde festgestellt, dass es in einigen Bereichen eine grosse Überwindung braucht, das seit Jahren funktionierende, altbewährte System an ein heutiges, modernes Management anzupassen. Dabei sollte dieser Prozess als Chance gesehen werden, der für den Stadtrat sowie für die Vernetzung der Verwaltung eine Erleichterung bedeuten würde.

### **Zusammenfassung**

Der sehr gute Rechnungsabschluss 2006 ist erfreulich, muss aber auch mit einer gewissen Vorsicht beurteilt werden und darf nicht als Massstab für die Zukunft genommen werden. Der gute Abschluss ist vor allem durch Sonderfaktoren zustande gekommen. Einerseits wurde profitiert von den Übergangseffekten als Folge des neuen Finanzausgleiches und der damit verbundenen Aufgabenteilung Kanton/Gemeinde, andererseits sind die Restkosten für die Sonderschulung wegen des vom Kanton vorgegebenen Systemwechsels in der Rechnung 2006 nicht enthalten. Es ist davon auszugehen, dass im Jahr 2008 oder spätestens im Jahr 2009 wieder Normalbetrieb herrscht und sich die Rechnung auch dementsprechend verschlechtern wird. In verschiedenen Bereichen besteht auch Nachholbedarf. Es wird deshalb eine Herausforderung sein, die geplante Selbstfinanzierung aus der Laufenden Rechnung zu erzielen. Ebenfalls werden massive Investitionen in den nächsten Jahren anstehen, zum Beispiel Seniorenzentrum, Unterer Stadteingang, Stadtsaal usw. Diese Investitionen werden die Rechnung belasten. Aber man darf sich sicher über den diesjährigen hervorragenden Rechnungsabschluss freuen und sollte der zukünftigen finanziellen Herausforderung mit entsprechendem Respekt begegnen.

Die FGPK hat auch festgestellt, dass sich der Stadtrat seiner Verantwortung bewusst ist und versucht, diese auch umzusetzen. Er hat seit Beginn der neuen Legislaturperiode neue Strukturen in Bezug auf die Organisation, die Führung und die Verantwortlichkeiten eingeführt. Die Erfolgskontrolle hat gezeigt, dass an diesem neuen System hart und präzise gearbeitet wird. Es zeigt sich aber auch, dass sich gewisse Prozessabläufe nicht nach dem gewünschten Zeitplan und den gewünschten Vorstellungen entwickeln. Dies hat verschiedene sachliche wie auch personelle Gründe. Dass sich der Stadtrat, die Verwaltung sowie auch die politische Organisation auf ein modernes, effizientes und zukunftsgerichtetes Management anpassen und schulen wollen, wird als sehr gut, ja sogar hervorragend beurteilt. Damit diese neuen Strukturen, welche mit Mehraufwand für Verwaltung und Stadtrat verbunden sind, möglichst rasch umgesetzt werden können, wird dem Stadtrat empfohlen, möglichst schnell die nötigen Schritte einzuleiten. Denn die Zeit der Auslegeordnung ist nun definitiv abgeschlossen. Die FGPK ist anhand ihrer Prüfungsergebnisse zur Erkenntnis gekommen, dass jetzt der richtige Zeitpunkt für gewisse Entscheidungen ist, welche zu einer positiven Entwicklung der Stadt Zofingen beitragen können. Diese Entscheidungen liegen aber alleine in der Verantwortung und Kompetenz des Stadtrates.

Die FGPK legt auch grossen Wert darauf, dass ihre Erkenntnisse aus den Prüfungen als konstruktive Anregungen für eine positive Entwicklung der Stadt Zofingen erkannt werden und nicht als Kritik an Abteilungen, einzelnen Personen oder Stadtratsmitgliedern empfunden werden.

### **Schlusswort**

Für die konstruktive Zusammenarbeit bei den Prüfungen bedankt sich die FGPK recht herzlich beim Stadtrat, bei den Bereichsleitern und bei sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einwohnergemeinde Zofingen.

Ein herzliches Dankeschön gilt auch allen Politikerinnen und Politikern für ihr Engagement, welches sie zum Wohl der Stadt Zofingen erbracht haben, im Speziellen den Mitgliedern der FGPK für ihre motivierte und konstruktive Mitarbeit sowie der Aktuarin der FGPK, Mirjam Amsler.

Ein besonderer Dank gilt den Herren Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann, Arthur Senn, Stadtschreiber, sowie René Küng, Leiter Finanzen und Personal, für die sehr enge, konstruktive und professionelle Zusammenarbeit.



Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass der Stadtrat sehr erfreut über den sehr guten Rechnungsabschluss ist. Jedoch muss man auch klar festhalten, dass dieser vor allem aufgrund von Sonderfaktoren, die der Präsident der FGPK bereits erwähnt hat, zustande gekommen ist. Der Gesamtsteuerertrag beläuft sich auf 30,8 Mio. Franken. Dieser Ertrag liegt 4 % über dem budgetierten Wert. Gleichzeitig liegt der Gesamtnettoaufwand mit 20,6 Mio. Franken um fast 6 % unter dem budgetierten Wert. Die Eigenfinanzierung ist mit 8,3 Mio. Franken entsprechend hoch. Das Nettovermögen beträgt 2,5 Mio. Franken. Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen hält an. Dies ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass mit den Neuzuzüger/innen ein sehr gutes Steuersubstrat besteht. Die Anstrengungen im Wohnstandortmarketing tragen langsam Früchte. Es bleibt aber weiterhin kein grosser Spielraum für den Wunschbedarf, damit das Ausgabenwachstum nicht weiter ansteigt. Es muss sinnvoll in die Infrastruktur und das Personal investiert werden.

Die Investitionen betragen brutto 6 Mio. Franken und liegen rund 40 % unter dem budgetierten Wert. In diesem Bereich muss in den nächsten Jahren deutlich aufgeholt werden. Zofingen möchte auch vermehrt Aufgaben als Regionalzentrum wahrnehmen. Dies bedingt, dass man gewisse Infrastrukturen zur Verfügung stellt. Es muss vor allem in die Verkehrsinfrastruktur aber auch in die Attraktivitätssteigerung von Zofingen als Wohn- und Wirtschaftsstandort investiert werden. Der Stadtrat befindet sich momentan im Budgetprozess 2008, und es wird schwierig sein, die 6 Mio. Franken Selbstfinanzierung zu erreichen.

Die fehlenden Investitionen haben verschiedene Gründe. Einerseits kommt es zu Verzögerungen aufgrund von rechtlichen und politischen Aspekten, andererseits bestehen auch Probleme in Abläufen und Strukturen der Verwaltung. Die Leistungserbringung ist gut, aber die Effizienz muss gesteigert werden. Der Stadtrat nimmt seit Beginn der Legislaturperiode verschiedene strukturelle und organisatorische Anpassungen vor (z.B. Ressortführungssystem, Kaderweiterbildungen, Projekt- und Prozessmanagement, Jahresziele). All diese Anpassungen benötigen jedoch Zeit, da sie einen gewissen Kulturwandel bedingen. Der Stadtrat und die Verwaltung arbeiten hart, dass diese Veränderungen so schnell wie möglich umgesetzt werden können. In diesem Bereich ist die Zusammenarbeit mit der FGPK sehr wichtig. Der Stadtrat bedankt sich bei der FGPK, im Speziellen beim Präsidenten Rolf Moor, für die sehr gute Zusammenarbeit und bittet gleichzeitig um Geduld und weiterhin kritische Begleitung der Prozesse.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Hansruedi Hauri hält fest, dass auch die SVP-Fraktion mit dem Rechnungsabschluss sehr zufrieden ist. Man hat festgestellt, dass der Stadtrat wie auch die Verwaltung gewillt sind, die Reformen umzusetzen. Die kommenden Investitionen werden viel Geld kosten, und die Stadt muss den eingeschlagenen Sparkurs fortsetzen, damit die Selbstfinanzierung erreicht werden kann.

Hr. Hans Rudolf Schlatter bemerkt, dass die Fraktion der Dynamischen Mitte in Bezug auf die Steigerung der Aktiensteuern nicht so optimistisch ist wie der Stadtrat. Die Fraktion ist der Meinung, dass auch in Projekte investiert werden sollte, bei welchen Einsparungen nicht schon vorprogrammiert sind, wie z.B. die Optimierung der Altstadt, Parkhaus, Velowege, Renovation der Turnhallen.

Hr. Hans-Martin Plüss erklärt, dass das Jahr 2006 auch aus Sicht der SP-Fraktion ein sehr erfreuliches Jahr war. Es war das erste Jahr unter Leitung des neuen Stadtammannes, und die Fraktion bedankt sich beim Stadtrat, der Verwaltung und der FGPK für die sehr gute Arbeit. Der Rechnungsabschluss ist sehr positiv ausgefallen, die Stadt ist schuldenfrei, alle Kennzahlen sind im grünen Bereich. Leider wurde nicht soviel investiert, wie vorgesehen war. Dieser gute Rechnungsabschluss ist aus Sicht der SP-Fraktion kein Grund, über Steuersenkungen nachzudenken. Die nächsten Herausforderungen, wie z.B. die Ausfinanzierung der Pensionskasse und wichtige grosse Investitionen, wie z.B. Sanierung Sportanlagen stehen an.

Die SP-Fraktion begrüsst die Anstrengungen zur Modernisierung der Verwaltungsführung und bedankt sich für den grossen Einsatz. Jedoch wird der Wandel in unterschiedlichem Tempo

umgesetzt. Aus Sicht der Fraktion ist vor allem die Leistung im Bereich der Bauverwaltung nicht zufrieden stellend. Die Themen Umwelt, Energie und Naturschutz kommen zu kurz. Bei einem Nettoaufwand von 23,5 Mio. Franken werden nur gerade CHF 16'000.– für den Naturschutz eingesetzt. Einige Projekte haben Verspätung, wie z.B. der Rosengarten. Besteht eine Überlastung bei der Bauverwaltung? Es müssen dringend Massnahmen im organisatorischen und personellen Bereich eingeleitet werden. Die Fraktion bittet den Stadtrat, eventuell eine Unterstützung in diesem Bereich zu prüfen, so dass die Effizienz wieder gesteigert werden kann.

Die Fraktion war erstaunt über das Steuerinkasso. Die 15 grössten Ausstände betragen mehr als 2 Mio. Franken. Man konnte im Gegenzug vernehmen, dass das Steueramt bei den kleinen Ausständen hartnäckig ist. Werden hier die Prioritäten richtig gesetzt?

Die Fraktion wird bei der Detailberatung noch Bemerkungen anbringen. So sollte z.B. im Geschäftsbericht konsequent die weibliche und männliche Form benutzt werden. Die SP-Fraktion wird allen Anträgen zustimmen.

Fr. Patricia Misteli erklärt, dass die FDP-Fraktion dem Stadtrat für den sehr guten Rechnungsabschluss gratuliert. Es wird mit Genugtuung festgestellt, dass die Reorganisation erste Früchte trägt. In diesem Zusammenhang gebührt der Dank auch der FGPK für die faire und kritische Prüfung. Es ist klar, dass die jahrelang verschlafene Strukturänderung nicht von heute auf morgen erfolgen kann.

Wie bereits mehrmals erwähnt, muss der Stadtrat Massnahmen im Bereich Investitionen einleiten, nur der Wille allein reicht hier nicht. Etwas Sorge bereiten der Fraktion auch die massiv gestiegenen Sozialhilfekosten. Im Bereich Stadtmarketing erwartet die Fraktion nach jahrelangem Konzeptionieren nun vermehrt Taten. Zudem sollte im Bereich Steuern der Veranlagungsstand bei den Selbständigerwerbenden verbessert werden. Er ist mit 19 % deutlich ungenügend. Die Fraktion stimmt allen Anträgen zu.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

### **Abt. 9 Finanzen und Steuern**

Fr. Patricia Misteli hält fest, dass der Veranlagungsstand bei den Selbständigerwerbenden mit 19 % zu tief ist, wünschenswert wären rund 30 %. Warum ist dieser Veranlagungsstand so tief?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass dieser Veranlagungsstand seit Jahren so tief ist und bis jetzt nichts dagegen unternommen wurde. Dies wurde nun nachgeholt, und die entsprechenden Massnahmen wurden im letzten Jahr eingeleitet. Mit dem Leiter des Steueramtes wurde ein Plan für die Erhöhung des Veranlagungsstandes ausgearbeitet. Der Stand sollte bis Ende 2007 80 % betragen. Es wurden mit einer temporären Aufstockung die personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt.

### **Artengliederung der Laufenden Rechnung**

Hr. Philippe Dietschi erklärt, dass sich die SP-Fraktion intensiv mit dem Konto 31.312 Wasser, Energie und Heizmaterialien auseinandergesetzt hat. In diesem Bereich ist, wie in den letzten Jahren auch schon, ein Anstieg zu verzeichnen. Letztes Jahr betrug er CHF 100'000.–. Gegen diesen Anstieg ist nichts einzuwenden, wenn es sich um Investitionen handelt, die in Zukunft auch Früchte tragen werden. Was sind die Gründe für diesen Anstieg? Wenn dieser Anstieg nicht im Zusammenhang mit den erwähnten Investitionen steht, welche Massnahmen werden ergriffen, um diesen Anstieg wieder zu vermindern?

Hr. René Küng, Leiter Finanzen und Personal, erklärt, dass es sich bei dem erwähnten Anstieg nicht um Investitionen handelt, sondern lediglich um Ausgaben der Laufenden Rechnung. Tatsache ist, dass im letzten Jahr die Preise für Gas und Heizöl stark gestiegen sind.

## **Abrechnungen über Verpflichtungs- und Voranschlagskredite**

Hr. Philipp Hangartner hält fest, dass er in den letzten Jahren die Prüfung dieser Abrechnungen durchgeführt und immer wieder die gleichen Beanstandungen angebracht hatte. Dieses Jahr war er positiv überrascht, denn von den elf vorliegenden Kreditabrechnungen waren deren fünf sauber, korrekt und übersichtlich in einem Ordner dargestellt. Die restlichen Abrechnungen waren unvollständig und unübersichtlich. Der Aufbau der Abrechnungen ist nicht einheitlich, dies macht die Prüfung sehr umständlich. Es wäre wünschenswert, dass die Abrechnungen im nächsten Jahr einheitlich, sauber, vollständig und übersichtlich in einem Ordner dargestellt würden.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, wird dafür besorgt sein, dass die Abrechnungen im nächsten Jahr vollständig und einheitlich dargestellt werden.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der Vorsitzende lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. *Der Geschäftsbericht 2006 (1. Teil) sei zu genehmigen.*

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

2. *Die Verwaltungs- und Bestandesrechnung der Einwohnergemeinde pro 2006 (2. Teil) sei unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen.*

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

3. Die Abrechnungen über die nachfolgenden Verpflichtungskredite seien unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen:

- Sanierung Dorfstrasse (Ortsteil Mühlethal)
- Sanierung der Fassade des Museum
- Sanierung der Chemie-, Physik-, Sammlungs- und Schulzimmer der Bezirksschule
- Umbau und Renovation der Musikschule „Friedau“
- Umbau und Sanierung des Hauswirtschaftstraktes der Bezirksschule
- Sanierung der Kanalisation und Instandstellung des Belags Dörfli rain und Rütihubelweg (Ortsteil Mühlethal)
- Neubau Pavillon und Umbau Kindergarten (Einführung Blockzeiten)

Hr. Urs Schaufelberger, Vizeammann, weist auf einen redaktionellen Fehler im Geschäftsbericht hin. Auf Seite 188 Abrechnung Verpflichtungskredite handle es sich bei der Sanierung Dorfstrasse (Ortsteil Mühlethal) um eine Kreditunterschreitung und nicht Überschreitung.

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen:

4. Die Abrechnungen über die nachfolgenden Voranschlagskredite seien unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen:

- Sanierung Kanalisation Buchmattweg
- Sanierung Belag Buchmattweg
- Sanierung Kanalisation Stöckliackerweg West
- Sanierung Kanalisation Trottenrain

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

5. Folgende Motionen und Postulate seien von der Kontrolle abzuschreiben:

- GK 7 – Motion von Erwin Fumagalli (FDP) und MitunterzeichnerInnen vom 13. September 2004 betr. Aktive Rolle des Stadtrats im Verband erzo (Begründung und Überweisung am 14. März 2005)
- GK 8 – Motion der Dynamischen Mitte vom 25. Oktober 2004 betr. Unterführung Henzmannstrasse (Begründung und Überweisung am 14. März 2005)
- GK 11 – Motion der FDP Zofingen vom 9. Mai 2005 betr. Wirtschaftsentwicklung der Stadt Zofingen (Begründung am 13. Juni 2005; Überweisung am 12. September 2005)
- GK 15 – Postulat Heinz Vöckel (FDP) und MitunterzeichnerInnen vom 17. Oktober 2005 betr. drei Gefahrenstellen auf dem Schulweg (Begründung und Überweisung am 28. November 2005)
- GK 16 – Postulat der SP-Fraktion vom 17. Oktober 2005 betr. Verkehrssicherheit für Schülerinnen und Schüler im Hinblick auf die Einführung der Blockzeiten im Sommer 2006
- GK 17 – Postulat Yolanda Senn Ammann (SP) und Hansruedi Schlatter (DYM) sowie Mitunterzeichner/innen vom 10. Oktober 2005 betr. Tempo 30 in den Zofinger Wohnquartieren
- GK 18 – Motion der Fraktion Dynamischen Mitte vom 15. November 2005 betr. Änderung der Gemeindeordnung (Wahlmodus Stadtratswahlen)

Fr. Patricia Misteli bemerkt, dass GK 11 keine Motion ist, sondern als Postulat überwiesen wurde. Die FDP-Fraktion ist gegen eine Abschreibung. Der Stadtrat hat gewisse Massnahmen eingeleitet, jedoch liegt noch kein integriertes Konzept für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, wie es im Postulat gefordert wird, vor. Die FDP-Fraktion stellt deshalb folgenden Antrag:

*Auf die Abschreibung des GK 11 Postulat der FDP Zofingen vom 9. Mai 2005 betr. Wirtschaftsentwicklung der Stadt Zofingen sei zu verzichten*

Dem Antrag der FDP-Fraktion wird mit 23 : 12 Stimmen zugestimmt.

Der Abschreibung der restlichen Motionen und Postulate wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

Art. 58

**GK 93**

**Erweiterungsbau Heilpädagogische Schule (HPS) Zofingen – Projektgenehmigung und Kreditbewilligung**

Hr. Thomas Bühler, Referent der FGPK, erklärt, dass die Mitglieder der FGPK mit einer Präsentation durch den Stadtkammann sehr gut informiert wurden. Eintreten war nicht bestritten, aber auf die eine oder andere Frage gab es keine zufriedenstellende Antwort. Die Kommission hat aber dem Geschäft, wenn auch nicht mit Begeisterung, zugestimmt. Über folgende Aspekte war die FGPK nicht glücklich:

- Der Anbau kann später aufgestockt werden, aber es konnten keine Angaben über die entstehenden Kosten gemacht werden.
- Ebenfalls wünscht man sich mehr Transparenz bei der Darstellung der Honorare, welche gerade bei diesem Projekt sehr hoch erscheinen, aber gemäss Aussagen der Bauverwaltung gerechtfertigt sind.

- Es wurde bemängelt, dass mit den Vereinen keine Gespräche betreffend einer Vollunterkellerung zur Lagerung von Material geführt wurden.

Der einzige Grund, der gegen eine Vollunterkellerung spricht, ist die Tatsache, dass das Projekt nochmals das ganze Bewilligungsverfahren durchlaufen müsste und somit viel Zeit verloren ginge.

Es zeigt sich, dass gewisse Geschäfte immer unter massivem Zeitdruck geplant werden. Einige Fragen können so nicht zufriedenstellend beantwortet werden.

Es ist unbestritten, dass ein Anbau nötig ist, da die Schülerzahlen weiterhin hoch sein werden, auch wenn das Bildungskleeblatt angenommen würde.

Die finanziellen Risiken werden als gering beurteilt. Es wurde festgehalten, dass der Landerwerb nicht durch den Kanton subventioniert wird.

Im Protokoll der FGPK ist festgehalten, dass der Präsident der FGPK mit dieser Vorlage nicht glücklich ist, aber den Subventionsbeitrag des Kantons nicht gefährden möchte. Dieser Meinung schliessen sich einige Mitglieder der FGPK an. Die FGPK hat dennoch dem Antrag mit 9 : 0 Stimmen zugestimmt.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, es sei versichert worden, dass in den nächsten Jahren die Schülerzahlen bei der HPS wieder zurückgehen würden. Dies steht im Zusammenhang mit dem integrativen Unterricht, welcher in den nächsten Jahren noch mehr gefördert wird. Auch mit der Einführung des Bildungskleeblattes wird der zusätzliche Raum für die HPS benötigt. Betreffend dem angesprochenen Tempo für die Vorbereitung der Projekte wurde bei der Behandlung des Geschäftsberichtes gefordert, dass die Effizienz gesteigert werden muss. In diesem Projekt war nun das Tempo wieder zu schnell. Dies steht doch in einem gewissen Widerspruch. Die Kosten für eine Vollunterkellerung, wenn man diese als Materialräume benutzen möchte, belaufen sich auf rund CHF 140'000.–. Diese Kosten empfindet der Stadtrat für eine reine Nutzung als Materiallager als zu hoch. Mit einer Vollunterkellerung könnte der Zeitplan nicht eingehalten werden, aber es wäre theoretisch nicht unmöglich, eine solche Unterkellerung zu realisieren. Der Stadtrat hat eine Vollunterkellerung diskutiert, ist aber zum Entschluss gekommen, dass das Verhältnis Kosten/Nutzen nicht ausgeglichen ist. Für die Bedürfnisse der Vereine müssen andere Lösungen gesucht werden.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Heinz Vöckl erklärt, dass die FDP-Fraktion dem vorliegenden Projekt und der Kreditbewilligung einstimmig zustimmt. Dies nicht weil, sie von Projekt und Kostenvoranschlag so überzeugt ist, sondern weil sie durch den enormen Zeitdruck und das Verlieren des Subventionsbeitrages mehr oder weniger zu einer Zustimmung genötigt wird.

Die Fraktion erinnert an die Vorlage GK 86 Bildungszentrum Zofingen – Sanierung der Mensa vom 19. März 2007. Auch diese Vorlage stand unter grossem Zeitdruck und man konnte nur zustimmen. So kann und darf es zukünftig nicht weitergehen, sonst werden solche Geschäfte zur Farce!

Mindestens drei Bereiche hätte die Fraktion gerne hinterfragt:

- Wieso erfolgt keine Vollunterkellerung, nachdem Raumansprüche rund um das Quartierschulhaus und das BZZ beim Stadtrat auf dem Tisch liegen?
- Könnten aus Zofinger-Sicht nicht noch weitere Synergien mit diesem Vorhaben erzielt werden?
- Die Honorare sind sehr hoch. Für das Gebäude betragen sie CHF 438'500.– oder 17,7 % der gesamten Gebäudekosten. Wurden Konkurrenz-Offerten eingeholt und Pauschalen geprüft?

Die FDP-Fraktion stimmt dem Projekt und der Kreditbewilligung einstimmig zu und legt dem Stadtrat ans Herz, zukünftig Vorlagen früher und inhaltlich umfassender dem Parlament vorzulegen.

Fr. Verena Liebi hält fest, dass die SP-Fraktion dieses Projekt einstimmig unterstützt. Das Bedürfnis nach mehr Raum ist nachgewiesen. Die Lösung der Unterkellerung befriedigt die Fraktion aber auch nicht. Mit einer Vollunterkellerung hätten offenbar gewisse Raumbedürfnisse gedeckt werden können. Weil die Stadt die Zusatzkosten alleine tragen müsste, wurde diese Variante nicht ausgearbeitet. Man kann somit auch nicht darüber befinden; dies ist bedauerlich. Weil aber die HPS die Räume möglichst rasch benötigt, stimmt die SP-Fraktion dieser Vorlage einstimmig zu.

Hr. Hansruedi Hauri erklärt, dass auch der SVP-Fraktion die fehlende Unterkellerung sauer aufgestossen ist. Die Zeit für genaue Abklärungen hat bei diesem Projekt gefehlt. Die Fraktion wird das Projekt aus Dringlichkeit unterstützen.

Hr. Hans Rudolf Schlatter führt aus, dass auch die Fraktion der Dynamischen Mitte dieses Projekt unterstützen wird, jedoch ohne grosse Begeisterung. Für die Fraktion ist nicht die Unterkellerung das Problem, sondern die extrem hohen Kosten.

Hr. Rolf Moor ist der Meinung, dass das Parlament den Zeitfaktor weiterhin unterstützt. Jedoch wird verlangt, dass gewisse Abklärungen und Vorkehrungen trotz Zeitdruck getätigt werden. Heute wurde z.B. zum ersten Mal erwähnt, dass sich die Mehrkosten für eine Unterkellerung auf CHF 140'000.– belaufen. Diese Angabe konnte vor zwei Wochen noch nicht gemacht werden. Ebenfalls neu ist, dass das Bewilligungsverfahren mit einer Vollunterkellerung möglich gewesen wäre. An der FGPK-Sitzung wurde gesagt, dass dies aus Zeitgründen nicht möglich wäre und somit der Subventionsbeitrag des Kantons verloren gehen würde. Wie bereits erwähnt wurde, kann er nicht hinter dem vorliegenden Projekt stehen, jedoch möchte er nicht den Kantonsbeitrag gefährden.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

#### I Ausgangslage

Hr. Christoph Dombrowsky findet es schade, dass im Zusammenhang mit diesem Projekt nur die Bedürfnisse der HPS abgeklärt wurden. Wenn man ein solches Gebäude in einen ganzen Schulkomplex baut, wäre es sinnvoll gewesen, wenn auch die Bedürfnisse, welche auf dem ganzen Areal entstehen, berücksichtigt worden wären. Zumindest hätte in der Vorlage eine Aussage darüber gemacht werden sollen, warum der Stadtrat nicht auf die bestehen Bedürfnisse eingegangen ist.

#### V Finanzierung

Hr. Philipp Hangartner ist der Meinung, dass der Subventionsbeitrag des Kantons von 2,9 Mio. Franken auch Steuergelder sind, welche wieder bezahlt werden müssen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, lässt der Vorsitzende über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

*Das Projekt für den Erweiterungsbau der HPS sei zu genehmigen und es sei ein Bruttokredit von CHF 2'965'600.– zu bewilligen.*

Der Antrag wird mit 37 : 0 Stimmen (mit Enthaltungen) angenommen.

Art. 59**GK 94****Ermächtigung zum Verkauf der Parzelle 555 am Kornweg in Oftringen**

Hr. Philipp Hangartner, Referent der FGPK, erklärt, dass bereits mit der Motion der Finanzkommission vorgeschlagen wurde, diese Parzelle zu verkaufen und den Erlös für den Kauf von Grundeigentum auf städtischem Gebiet einzusetzen. Auch diese Vorlage wurde relativ kurzfristig traktandiert. Die juristischen Fakten sind seit längerem bekannt. Auch dieses Geschäft steht unter Zeitdruck, es muss umgehend gehandelt und entschieden werden, denn am 31. August 2009 muss der Verkauf abgeschlossen sein. Momentan bestehen noch zwei jährlich kündbare Pachtverträge auf diesem Grundstück.

Die Parzelle kann so wie sie ist, an einem Stück voll erschlossen verkauft werden. So wird gemäss Schätzung der Bauverwaltung der zu erwartende Erlös pro m<sup>2</sup> bei zirka CHF 310.– zu liegen kommen. Die Parzelle kann aber mittels eines Gestaltungsplanes (rechtskräftig bewilligtes Bauprojekt) so weit gebracht werden, dass der zu erwartende Erlös pro m<sup>2</sup> bei zirka CHF 350.– zu liegen kommt.

Zofingen hat vor, ein solches Bauprojekt zu erstellen. Es scheint für die Verkaufs-Verantwortlichen klar zu sein, dass die Parzelle so verkauft werden sollte, dass netto möglichst viel Geld erzielt werden kann, also mit einem bewilligten Bauprojekt. Die Parzelle 555 befindet sich in der Zone W3, in welcher „mässig störendes Gewerbe“ zugelassen ist, ein Fachmarkt ist an dieser Stelle aber nicht möglich.

Das erwähnte Bauprojekt, das einen Mehrertrag von CHF 40.– pro m<sup>2</sup>, also zirka CHF 1,2 Mio. Franken, mehr bringen würde, kostet etwas. Auf Rückfrage der FGPK wurden Zahlen von CHF 90'000.– (minimaler Aufwand und somit auch minimaler Ertrag) bis CHF 190'000.– (maximaler Aufwand und maximaler Ertrag) genannt. Die FGPK hat sich gefragt, ob diese Kosten nicht in die Vorlage gehört hätten und ob die CHF 190'000.– bewusst knapp innerhalb der Entscheidungskompetenz des Stadtrates von CHF 200'000.– zu liegen gekommen sind. Der Buchwert der Parzelle beträgt heute zirka 3 Mio. Franken. Man erwartet einen Ertrag von max. 10,5 Mio. Franken.

Der genaue Ablauf dieses Verkaufes steht noch nicht ganz fest. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie z.B. ein Inserat, Verhandlungen mit direkt Interessierten, Versteigerung, Wettbewerb, Einbezug der Gemeinde Oftringen, usw. Es macht Sinn, hier den Verantwortlichen zu vertrauen und ihnen den nötigen Spielraum zu gewähren. Ein allfälliger Erlös dürfte mit grosser Wahrscheinlichkeit für die Ausfinanzierung der Aargauischen Pensionskasse verwendet werden, wie der FGPK bestätigt wurde.

Die FGPK hat dieser Vorlage einstimmig zugestimmt.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, möchte einige Präzisierungen anbringen. Der Buchwert beträgt aktuell nicht die erwähnten 3 Mio. Franken, sondern 1,427 Mio. Franken. Es muss auch klar festgehalten werden, dass die Parzelle 555 voll erschlossen ist. Bis in zwei Jahren muss ein rechtskräftiger Gestaltungsplan vorliegen. Der Verkauf kann durchaus zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Das Grundstück muss bis spätestens im Jahr 2019 überbaut sein. Es wird dasjenige Verkaufsverfahren gewählt, welches den höchsten Ertrag bringt. Das Verfahren möchte man mit dem Gemeinderat Oftringen und einem Ingenieurbüro besprechen. Es wird die optimalste Lösung gewählt, welche auch gleichzeitig mit der Verantwortung, dass dieses Grundstück sinnvoll überbaut wird, zu vereinbaren ist.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Fr. Elisabeth Gisler erklärt, dass die SP-Fraktion diesen Verkauf befürwortet. Gleichzeitig ist es auch sinnvoll, einen entsprechenden Sondernutzungsplan auszuarbeiten, welcher den Ver-

kaufserlös steigern wird. Die Fraktion bemängelt, dass in der Vorlage die verschiedenen Verkaufsmodalitäten nicht aufgeführt wurden.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

### III Verkaufsabsicht

Hr. Hans-Martin Plüss ist nicht einverstanden mit der Meinung, dass das Parlament für die Beratungen der Vorlagen mehr Zeit benötigt. Es ist jedoch wichtig, dass das Parlament frei entscheiden kann. Mit den erwähnten CHF 190'000.– kann man wahrscheinlich kein Bauprojekt, sondern einen Gestaltungsplan ausarbeiten lassen. Er regt an, dass der Verkaufserlös nicht in die Laufende Rechnung fliesst, sondern eventuell in einen Fonds zur Betreibung einer aktiven Landpolitik.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der Vorsitzende lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

*Der Stadtrat sei zum Verkauf der Parzelle Nr. 555 auf dem Gemeindegebiet Oftringen und zur Festlegung der Vertragsmodalitäten zu ermächtigen.*

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

### Art. 60

#### **GK 99**

#### **Dringliche Interpellation der FDP vom 17. Juni 2007 betr. weiteres Vorgehen Rosengarten (Begründung und Beantwortung)**

Fr. Patricia Misteli hält fest, dass es in einem ersten Schritt darum geht, die Interpellation für dringlich zu erklären. Dies aus folgenden Gründen:

- Klare Aussagen seitens des Stadtrates noch vor den Sommerferien.
- Startschuss für eine Debatte, welche Zeit benötigt.
- Genug Zeit für eine seriöse Kostenabklärung, damit die Finanzierungen für die zu treffenden Massnahmen im Voranschlag 2008 enthalten sind.
- Lösung der etwas festgefahrenen Situation.

Mit der Dringlichkeit wird das Problem noch nicht gelöst, aber es kann eine Debatte gestartet werden.

Hr. Christoph Dombrowsky hat ein ungutes Gefühl bei der Interpellation. Dies deshalb, weil die Fragen 4 und 6 im Detail sehr stark formuliert sind und dies, mit einer Dringlichkeit verbunden, schon fast einem stadträtlichen Antrag gleichgestellt werden kann. Er wird aus diesem Grund der Dringlichkeit nicht zustimmen.

#### **Abstimmung über die Dringlicherklärung**

Die Interpellation wird mit 32 : 1 Stimmen (mit Enthaltungen) als dringlich erklärt.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, bedankt sich bei der FDP-Fraktion für die vorzeitige Zustellung des Interpellationstextes. Dies hat eine seriöse Vorbereitung ermöglicht. Er beantwortet die gestellten Fragen wie folgt:

#### **Frage 1**

**Wie beurteilt der Stadtrat den Zustand des Rosengartens?**



Die aktuelle Situation ist – vor allem wegen der mangelnden Durchlässigkeit und der dadurch entstehenden „Nischen“ – unbefriedigend. Der Stadtrat hat das bereits mehrfach bestätigt und mit den entsprechenden Vorlagen auch seinen Willen dokumentiert, dass er bereit ist, Abhilfe zu schaffen. Sichergestellt ist aber nach wie vor der laufende Unterhalt dieser Anlage. Unbefriedigend ist derzeit wohl am ehesten der Bereich des Skulpturengartens. Sowohl Aufstellung und Zugänglichkeit der Objekte müssen verbessert werden.

#### **Frage 2**

##### **Gedenkt der Stadtrat die Bevölkerung in den Prozess um die weitere Nutzung de Rosengartens miteinzubeziehen?**

Die angeregte Vorgehensweise soll Akzeptanz schaffen, den Park auch als Erholungsraum zu nutzen. Auf dieser Basis lassen sich die weiteren Schritte wohl identifizieren. Auf Grund der gegenwärtig bekannten öffentlichen Äusserungen zeigt sich, dass die Haltung der Bevölkerung – und auch des Parlaments – mehr als nur heterogen ist. Die Wünsche reichen vom Nichtstun bis zur weitgehenden Umgebungsgestaltung. Hier wiederum ist die Breite der gemachten Vorschläge enorm. Für die einen kommt nur der Ersatz des jetzigen reichen Pflanzenbestandes durch Rosen in Frage, während andere den Garten mit einem Labyrinth anreichern möchten.

#### **Frage 3**

##### **Falls ja, in welcher Form und mit welchem Zeithorizont?**

Letztlich soll der Park der Bevölkerung dienen. Eine Diskussion in der Öffentlichkeit kann sinnvoll aber nur auf der Basis eines konkreten Vorschlags stattfinden. Dazu braucht es aber auch den politischen Willen des Parlaments, die nötigen Mittel für bauliche Massnahmen bereitzustellen. Die Grundlagen können sinnvollerweise am ehesten mit einer Arbeitsgruppe geschaffen werden, der Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Interessengruppen angehören.

#### **Frage 4**

##### **Sieht der Stadtrat die Möglichkeit eines schrittweisen Vorgehens, indem**

##### **a) mit einem vertretbaren Aufwand eine deutliche Verschönerung des Rosengartens erreicht werden kann?**

Grundsätzlich entspricht ein schrittweises Vorgehen dem ursprünglichen Konzept des Stadtrates. Dabei orientiert er sich weiterhin am inhaltlich nicht bestrittenen Konzept der Einwohnerratsvorlage 2006. Im Rosengarten stehen die Rückwand und die Steinsäulen der kleinen Urnenhalle immer noch als Basis für den geplanten Pavillon oberhalb der Sitzstufen. Das Terrain im Bereich der abgebrochenen Urnenhalle wurde soweit notwendig rekultiviert. Aus heutiger Sicht macht es wohl Sinn, diese Urnenhalle vollständig zurückzubauen und das Terrain den Gefällsverhältnissen anzugleichen. Im Übrigen wehrt er sich gegen den indirekt antönenden Vorwurf mangelhafter Pflege.

##### **b) die Mauer an bestimmten Stellen aufgebrochen wird, damit ein offener Eindruck entsteht?**

Die Öffnung der Umfriedung ist Grundlage des Konzepts. Das bedingt aber sowohl im Süden wie im Norden gewisse Terrainanpassungen an die Umgebung, um den Niveauunterschied zur Kunzenbadstrasse auszugleichen. Aus Sicht des Stadtrates soll in diesem Zusammenhang auch die nicht mehr benutzte Garage entfernt werden, da sie den südlichen Durchgang blockiert.

##### **c) Parkbänke installiert werden, so dass die Menschen im Park verweilen können?**

Die Ergänzung der vorhandenen Sitzgelegenheiten trägt sicher zur Attraktivität bei.

#### **Frage 5**

##### **Kann der Stadtrat nachvollziehen, dass mit diesem schrittweisen Vorgehen,**

##### **a) mit einem vertretbaren Aufwand eine deutliche Verschönerung des Rosengartens erreicht werden kann?**

Der Stadtrat hofft, dass in diesem Saal Einigkeit über die Grösse des vertretbaren Aufwands herrscht. Man spricht von einem schrittweisen Vorgehen. Dabei soll der vorhandene Pflanzenbestand nicht angetastet werden, weil der Stadtrat glaubt, dass die Stadt Zofingen bereits

jetzt über eine schöne Anlage verfügt, wenn man von den nicht befriedigenden Zugänglichkeiten absieht.

**b) kein Präjudiz geschaffen wird in Bezug auf die weitere Nutzung und Gestaltung des Parkes?**

Das skizzierte Vorgehen schafft kein Präjudiz.

**c) Zeit gewonnen wird, für eine fundierte Diskussion über die künftige Nutzung der Anlage unter Einbezug der Abdankungshalle?**

Der Stadtrat geht davon aus, dass der Moser-Bau über kurz oder lang nicht mehr als Abdankungshalle genutzt werden soll. Er hat auch die bei der Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse von FDP und SVP angekündigten Abklärungen über die Nutzung anderer Räume aufgenommen und die Grundlage für Vereinbarungen mit der reformierten und römisch-katholischen Kirchgemeinde geschaffen. Die Abklärungen in Bezug auf den Aufbahrungsraum sind ebenfalls soweit gediehen, dass klar ist, dass der Stadtrat eine eigene Lösung mit einem geeigneten Zweckraum auf dem Bergli realisieren möchte. Über das entsprechende Kreditbegehren wird der Einwohnerrat entscheiden.

**Frage 6**

**Ist der Stadtrat bereit, für dieses pragmatische Vorgehen einen entsprechenden Betrag ins Budget 2008 aufzunehmen?**

Sicher ist, dass auch das pragmatische Vorgehen nicht gratis zu haben ist. Bei der Behandlung des Voranschlags 2008 hat der Stadtrat Gelegenheit, dem Einwohnerrat die Einzelheiten der für 2008 vorgesehenen Arbeiten mit dem entsprechenden Mittelbedarf vorzustellen.

Fazit: Der Stadtrat wird auf eine entsprechende Vorlage für die Einwohnerratssitzung vom September verzichten.

Fr. Patricia Misteli erklärt sich mit der Beantwortung als sehr zufrieden, da jetzt klare Aussagen seitens des Stadtrates gemacht wurden. Die Skulpturen sind nicht allein das Unbefriedigende, sondern der Gesamteindruck des Parkes. Es wurde erwähnt, dass ein schrittweises Vorgehen dem Konzept entspreche, dies stimmt insofern, da der Luxus aus Sicht der Mehrheit weggelassen wurde. Sie bittet den Stadtrat, die erwähnte Arbeitsgruppe möglichst rasch einzusetzen. Ebenfalls ist der Stadtrat nun gefordert, er hat heute eine klare Stellungnahme abgegeben. Es geht darum, über den Voranschlag 2008 eine sanfte Öffnung des Parkes zu finanzieren.

Die Fragen wurden beantwortet, und in diesem Fall soll auf eine Diskussion verzichtet werden, da man ja auch heute nichts entscheiden kann.

Der Vorsitzende stellt folgenden Ordnungsantrag:

*Soll mit der Sitzung weitergefahren werden, oder werden die zwei restlichen Traktanden auf morgen Abend vertagt?*

Der Fortsetzung der Sitzung wird mit 32 : 2 (mit Enthaltungen) zugestimmt.

Art. 61

**Information Pensionskasse**

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, stellt die Thematik anhand einer PowerPoint-Präsentation vor, welche diesem Protokoll als Anhang beigefügt wird.

Fr. Irma Jordi möchte wissen, ob der Prämienatz für Mann und Frau gleich ist.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, führt aus, dass der Prämienatz mit 9 % für Männer und Frauen gleich hoch ist.

Hr. Peter Wullschleger fragt, ob der Stadtrat vorsieht, das geltende Personalreglement anzupassen. Im Reglement wird auf die APK verwiesen, und es sind Regelungen über die Teuerungszulagen von Rentnern/Rentnerinnen enthalten. Es wäre sinnvoll, wenn man an der Einwohnerratssitzung im August, an welcher diese Vorlage behandelt wird, auch die Änderung des Reglements beschliessen könnte.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass das Dienst- und Besoldungsreglement entsprechend angepasst wird.

Hr. Heinz Lehmann spricht sich klar für die Lösung Comunitas aus. Es haben sich aber bei der Präsentation zwei kleine Fehler eingeschlichen. Wenn der technische Zinssatz bei 4 % belassen wird, werden die Rentner/Rentnerinnen besser gestellt als die Aktiv-Versicherten. Der technische Zinssatz sollte auf 3,5 % reduziert werden, auch wenn auf der anderen Seite Mehrkosten entstehen. Der Stadtrat möchte die gleichen Beiträge für Jung und Alt beibehalten. Dies spielt beim Beitragsprimat keine Rolle, da das Geld nicht verloren geht. Eine ältere versicherte Person kann sich höchstens die frühzeitige Pension damit finanzieren.

Hr. René Küng, Leiter Finanzen, erklärt, dass bei den Renten, welche von der APK ausbezahlt wurden, die Teuerung nicht enthalten war, diese hat der Arbeitgeber zusätzlich bezahlt. Die Pensionskasse Comunitas finanziert die Rentenanpassungen über ihre Überschüsse. Die Renten wurden in den letzten 20 Jahren im Schnitt 2 % angepasst, dies ist mehr als die Teuerung. Aus diesem Grund wird die Teuerung bei den neu bei der Comunitas versicherten Rentnern/Rentnerinnen gestrichen. Betreffend dem technischen Zinssatz für Rentner/Rentnerinnen hat es insofern keinen Einfluss, als dass das Kapital bis 65 Jahre angespart wird und nachher in eine Rente umgewandelt wird. Die APK hat bis anhin solidarische Beiträge erhoben. Der Höhereinkauf bei einer Lohnerhöhung wurde zusätzlich berechnet. Der Stadtrat hat darauf geachtet, dass auch bei der neuen Pensionskassen-Lösung solidarische Beiträge erhoben werden. Die Gutschriften erfolgen aber nach Alter.

Hr. Rolf Moor würde es sehr sinnvoll finden, wenn das erwähnte Prozessrisiko in der Vorlage aufgeführt würde, und Angaben dazu gemacht würden, in welchem Bereich sich das Risiko in etwa bewegen würde.

## Art. 62

### **Umfrage**

#### Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Hr. Michael Wacker stellt fest, dass die StWZ Energie AG 80 % Atomstrom verkauft. Der schweizerische Durchschnitt liegt bei 40 %. Auch wird Gas verkauft, dabei könnte man mit dem Grünabfall Biogas produzieren. Inwiefern hat der Stadtrat mit den Verwaltungsratsmandaten Einfluss in diesen Bereichen? Wie setzt sich der aktuelle Verwaltungsrat zusammen und welche Interessensbindungen haben die einzelnen Verwaltungsräte?

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, erklärt, dass die StWZ Energie AG nicht frei im Bezug des Stromes ist; sie ist an den Vorlieferanten gebunden. Sie ist auch in Bezug auf die weitere Anwendung der erneuerbaren Energien nicht untätig, indem sie in der Fernwärmanlage mehr als 80 % mit erneuerbarer Energie (Holz) betreibt. Der Verwaltungsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Präsident	Hans-Ruedi Hottiger
Vizepräsident	Hansruedi Gilgen
Mitglieder	Heinz Schlapbach
	Peter Frey
	ein Sitz vakant

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass sich auch die StWZ Energie AG in einem Strategieprozess befindet. Es bestehen noch keine Jahresziele. Momentan werden intensive Workshops durchgeführt.

Hr. Michael Wacker erwähnt, dass Herr Otto Plüss aus eigener Initiative den Altstadtbus ins Leben gerufen hat, welcher von der Firma Tschannen betrieben wird. Es tauchen immer wieder Fragen auf, ob es diesen Bus im Jahr 2008 noch geben wird und ob er allenfalls auch auf andere Gebiete ausgedehnt wird. Hat der Stadtrat Kenntnis von diesen Fragen und wie steht er im Bereich der Feinerschliessung des öffentlichen Verkehrs diesem Altstadtbus gegenüber?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass der Stadtrat von der Idee des Altstadtbusses nicht sonderlich begeistert war. Der Bus fährt mit wenigen Passagieren in und um die Altstadt. Er müsste besser in den öffentlichen Verkehr von Zofingen eingebunden werden. Er vertritt die Auffassung, dass das Fahrzeug für die Bedürfnisse zu gross ist. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmt noch nicht.

Hr. Urs Schaufelberger, Vizeammann, ergänzt, dass der Stadtrat das Projekt Altstadtbus im Sinne einer Starthilfe auch finanziell unterstützt hat. Der Erfolg ist aber, wie bereits erwähnt, eher mässig. Der Stadtrat möchte auch nicht, dass der Altstadtbus den öffentlichen Bus konkurrenziert. Die optimale Lösung wurde aber noch nicht gefunden.

Für Hr. Michael Wacker besteht ein weiteres Problem bei der Entsorgungsstelle des Werkhofes. Er wollte diverses Material (Gartentisch, Sonnenschirme und anderes Kleinmaterial) bei der Entsorgungsstelle abgeben. Die Tischplatte und die Sonnenschirme wurden aber nicht angenommen. Er hat mitbekommen, wie drei Personen einen kleinen Schuhschrank, sechs Kehrichtsäcke und Altpapierbündel entsorgen wollten. Auch dieses Material wurde nicht angenommen. Wo bleibt hier der Service public? Ist dem Stadtrat diese Problematik bewusst?

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, hält fest, dass sich das Personal der Entsorgungsstelle korrekt verhalten hat. Es gilt, dass dort kein brennbarer Abfall entsorgt werden darf. Es wird ein guter Service, was die brennbaren Materialien anbelangt, geboten. Das Anliegen wird aber aufgenommen. Jedoch wird dieses Angebot sicher nicht kostenlos sein. Was das Altpapier betrifft, bietet Zofingen eine sehr komfortable Lösung, indem alle sechs Wochen das Papier vor der Haustüre eingesammelt wird.

Hr. Hans Rudolf Schlatter stellt fest, dass im letzten Jahr die Henzmannunterführung verbreitert wurde. Das Gelände dort ist total verrostet. Wird es noch erneuert?

Hr. Urs Schaufelberger, Vizeammann, erklärt, dass die Anschaffung eines neuen Geländers relativ teuer ist. Die notwendigen Instandstellungsarbeiten werden aber an die Hand genommen.

Fr. Susanne Wirz fragt im Hinblick auf den Voranschlag 2008 an, ob der Stadtrat bereit wäre, einen Bestäubungsbeitrag für Bienenhalter/innen in den Voranschlag aufzunehmen.

Hr. Jürg Bachmann, Stadtrat, erklärt, dass das Anliegen entgegen genommen und bei der Budgetierung geprüft wird.

Fr. Patricia Misteli möchte wissen, ob das mit der Sanierung der Vorderen Hauptgasse versprochene Gassenreglement noch dieses Jahr vorliegt.

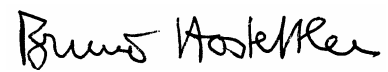
Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, führt aus, dass der Entwurf dieses Reglements vorliegt und zügig vorangetrieben werden muss.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, stellt fest, dass der Einwohnerrat gerade bei der Behandlung der Rechnung massvolles Haushalten im Ausgabenbereich forderte und danach in der Umfrage wieder Anfragen und Begehren für Mehrausgaben gestellt werden. Dies steht doch in einem gewissen Widerspruch. Auch im Voranschlag 2008 können nicht alle Wünsche berücksichtigt werden.

Schluss der Sitzung: 21.35 Uhr

Für getreues Protokoll:

DER RATSPRÄSIDENT



*Bruno Hostettler*

DER PROTOKOLLFÜHRER



*Arthur Senn*

**Anhang**

- PowerPoint-Präsentation Pensionskasse